

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Fraktion im Rat der Stadt Sankt Augustin
Martin Metz, Fraktionsvorsitzender
Rede zum Haushalt 2014/2015
Ratssitzung, 11.12.2013

-Es gilt das gesprochene Wort-

Sehr geehrte Bürgerinnen und Bürger,
sehr geehrter Herr Bürgermeister und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Verwaltung,
sehr geehrte Ratskolleginnen und –kollegen,

der Weihnachtsbaum steht, bald gibt es Geschenke. Was für eine besinnliche Stimmung. Und auch dieses Jahr werden Päckchen gepackt. Ein großes Päckchen zum Beispiel, ein Doppelhaushalt. Hergestellt von den fleißigen Helfern rund um Herrn Rupp - entgegen aller Gepflogenheit diesmal bereits am Anfang ein großer Dank an ihn und die gesamte Verwaltung, insbesondere die Kämmerei – das Päckchen wird dann schön verpackt vom Bürgermeister und dann dem Bürger unters Bäumchen gelegt. Guckt man rein, denkt man: „Na dann, frohe Weihnachten“.

24 Millionen Euro neue Schulden in 2014, 15 Millionen neue Schulden in 2015. Ein Defizit im Ergebnisplan von knapp 20 Millionen in 2014, 14 Millionen in 2015. So der Plan, die in Zahlen gegossene Politik dieser Stadt.

„Plan“, was für ein Wort. Es begegnet uns immer wieder. Schulentwicklungsplan, Flächennutzungsplan, Projektstrukturplan... mein Gott... hier scheint alles geplant zu sein. Aber was ist das eigentlich, so ein „Plan“? So ein Plan ist die „Vorstellung einer zukünftigen Handlungsabfolge“. So etwas Kluges habe ich mir natürlich nicht selber ausgedacht, das steht bei Wikipedia. Macht es deshalb aber nicht uninteressanter. Was sagt uns das? Man hat eine Vorstellung davon, was man tun muss, um ein Ziel zu erreichen. Und dazu müsste man mal klären, wie eigentlich die Lage ist, was das Ziel ist wie man das erreichen kann. Wie ist also die Lage?

Die Stadt schrumpft. Vor ein paar Jahren hatte man Angst, die 60.000-Einwohner-Marke zu knacken, wegen der Feuerwehr. Heute sind es ungefähr 54.000 Einwohner. Natürlich werden die einzelnen Neubaugebiete noch einen Schub bringen. Aber die gesamte Entwicklung ist eher die einer Schrumpfung oder zumindest Stagnation. Wir kranken finanziell aber vor allem an zu wenigen Gewerbesteuereinnahmen. 2012 lagen wir mit den Netto-Gewerbesteuereinnahmen von 236 Euro pro Einwohner innerhalb von NRW im letzten Viertel. Zum Vergleich: Siegburg und Troisdorf liegen bei etwa 700 bzw. 800 Euro pro Einwohner. Und man sollte nicht glauben, der Grund dafür sei allein der Einzelhandel. Sankt Augustin hat ein strukturelles Defizit bei Handwerksbetrieben und produzierendem Gewerbe. Doch anstatt Flächen dafür zu reservieren, eine konzentrierte qualitative Wirtschaftsförderung zu betreiben, die Stärken der Stadt zu nutzen, geschieht da zu wenig. Beispiel Gewerbeflächen: Kentucky Fried Chicken, Dänisches Bettenlager, Spielhalle, alles im Gewerbegebiet und alles mit Zustimmung der Stadt, aber nicht der GRÜNEN. Stattdessen plant man weiter. Zum Beispiel im Bereich Menden-Süd, wo sogar die Planung der ersten Stufe schon für die Katz bzw. für die Kröte war. Leider zieht Natur- und Artenschutz dann, wenn er in Konflikte geht, bei der Ratsmehrheit immer eher den Kürzeren. Und das lässt sich auch beim Projekt Renaturierung der Siegaue erkennen, wo man über die richtige Ansage, den Sport- und Spielplatz zu erhalten, leider vollkommen hinausgeschossen ist. So wird die Stadt nicht an diesem Plan teilhaben.

Und da sind wir schon mitten drin im Parforceritt durch die Planungen der Stadt.

Eigentlich sollte das einmal anders sein. Man hat eigentlich ja den großen Plan, „WissensStadt Plus“, das Stadtentwicklungskonzept. Unsere GRÜNE Wahrnehmung ist leider: Anstatt eines übergeordneten Ansatzes ist dieser Plan zu einer Art Begründung für eine Vielzahl von Einzelvorhaben geworden. Wir verkennen nicht, dass es neue gute Ansätze gibt: Differenzierte Wohnbaupolitik und – tendenziell – Innenentwicklung vor Außenentwicklung. Bei der Wohnbaupolitik funktioniert es im Bereich Städtebau, aber nicht beim sozialen Aspekt. Heißt: Wir differenzieren zwar stärker bei Neubaugebieten. Aber auch wenn dort verschieden große Wohnungen entstehen, dann sind sie immer noch nicht erschwinglich. Die Zahl der geförderten Wohnungen ist insgesamt stark rückläufig.

Manche Pläne laufen gut, so zum Beispiel in Niederpleis, nach langem Druck. In Birlinghoven und Meindorf haben wir Glück, dass eine Angebotsplanung auf Investoren trifft, deren Marktverhalten sich geändert hat. Auch wenn es in Birlinghoven noch hakt.

Ein wesentlicher Bebauungsplan, nämlich der HUMA ist beschlossen. Die Diskussion dazu wurde geführt. Die Position der GRÜNEN ist klar: Wir wollen, dass sich im Zentrum etwas ändert und es weitergeht. Aber wir haben eine Vielzahl von Kritikpunkten, die eine Zustimmung unsererseits nicht zuließen. Das gilt ebenso für das Tacke-Gelände. Und es gilt für die Fläche unterhalb des Finanzamtes, wo eine Entscheidung vertagt wurde. Beiden gemein ist: Eigentlich haben wir einen Masterplan Urbane Mitte. Bei HUMA wurde dieser geändert im Zuge des konkreten Projektes. Ebenso beim Tacke-Areal. Beim angedachten Altenheim – ich als Ex-Zivi werde hier nicht Euphemismen wie „Seniorenresidenz“ oder so etwas in den Mund nehmen - beruft sich die Verwaltung auf Überlegungen aus dem Masterplan, die eigentlich noch konkretisiert werden sollten.

Quintessenz des Ganzen: Pläne werden herangezogen, wenn es dem Einzelprojekt nützt. Widersprechen sie dem Projekt, müssen Pläne flexibel sein und geändert werden. Nietzsche hat das mal so ausgedrückt: „*Viele sind hartnäckig in Bezug auf den einmal eingeschlagenen Weg, wenige in Bezug auf das Ziel.*“ Ich wusste gar nicht, dass Nietzsche hier mal im Rat gegessen hat, das würde aber einiges erklären.

Weiter mit den Plänen: Sankt Augustin ist eine hochbelastete Stadt was Lärm angeht. Schienenlärm, Fluglärm, Straßenlärm. Wir GRÜNE sehen es als dringliche Aufgabe an, Lärm zu reduzieren, um die Stadt lebenswerter zu machen. Was macht eigentlich die überfällige Lärmaktionsplanung? Auch um Lärm geht es bei der Rahmenplanung Flugplatz Hangelar. Hier wollten es sich Verwaltung und CDU/FDP ganz bequem machen: Zig Bürgerforen, Werkstattgespräche, eine große Beteiligung. Und dann? Einfach mal den Planer planen lassen, ohne auch nur eine inhaltliche Zielvorgabe. Hier konnte sich die Opposition zum Glück durchsetzen und diesen Kurs korrigieren und einer Planung (für 60.000 Euro!) zumindest einmal ein paar Ziele gönnen.

Die Verkehrsplanung läuft ebenso ins Leere. Wir werden in den nächsten Jahren in der Region erhebliche Probleme bekommen was den Verkehr angeht. Wir müssen umfassend Alternativen fördern: Den ÖPNV – da konnte zum Glück über den Rhein-Sieg-Kreis gerade auch durch uns GRÜNE einiges erreicht werden - und vor allem Radverkehr. Immerhin haben wir bei der Alten Heerstraße noch die Kurve gekriegt und es stehen auch die Mittel für eine umfassende Maßnahme im Haushalt. Gleiches gilt für die Unterführung Menden/Meindorf.

Aber ein Trauerspiel ist das Projekt Radschnellwege. So sehr man noch in den Einzeldiskussionen weiterkommt, so wieder einmal das bekannte Problem: Eine umfassende, weiter gedachte, regionale Planung scheint Angst zu machen. Die Region steht im Stau und Sankt Augustin kann sich noch nicht einmal zu einer Planung durchringen. Ganz zu schweigen davon, dass es für eine Realisierung auch Fördermittel gegeben hätte, die uns haushalterisch für diverse Projekte sogar hätten nützen können.

Apropos Verwaltungsempfehlungen: Wir haben ja auch einen Schulentwicklungsplan. Und da gab es zum Schulzentrum Niederpleis die Planungen, Haupt- und Realschule perspektivisch zur Sekundarschule zu verschmelzen, was schulpolitisch Sinn machen würde. Hier könnte man mal Pflöcke einschlagen, deutlich machen, wohin die Richtung gehen soll, sich mal ehrlich machen, wie man sagt. Stattdessen: Kleine Schritte, Prüfaufträge.

Dabei muss man auch sagen, dass es innerhalb der Bereiche Schule und Kinder ja auch einigermaßen laufen kann. Der OGS-Ausbau ist insgesamt zufriedenstellend, auch wenn da noch einige Brocken vor uns liegen. Beim KiTa-Ausbau versuchen wir viel und man könnte auch einiges mehr tun, aber hier hängen wir auch im Netz einer insgesamt problematischen Konstellation. Das gilt auch für die Jugendhilfeplanung und die explodierenden Kosten bei Inobhutnahme und Hilfen zur Erziehung. Hier kommen wir um Ausgaben nicht herum und ein Plan, um das wirksam zu ändern, ist leider – so ehrlich muss man sein – bei niemandem, auch nicht bei uns GRÜNEN, in Sicht.

Kinder, Jugend, Schule hängt natürlich auch eng mit den Gebäuden zusammen. Und da sind wir wieder bei einem Plan, dem Projektstrukturplan. Immense Kosten für die Gebäudesanierungen und noch ganz viel Arbeit. Immerhin hat man hier einen Plan, auch wenn die Umsetzung ein Kraftakt wird. Eigentlich müsste man jetzt schon an morgen denken. Denn die heutige Situation ist das Resultat jahre- wenn nicht jahrzehntelanger Vernachlässigung der städtischen Gebäude. Das von den GRÜNEN geforderte Gebäudemonitoring findet sich trotzdem nicht im Haushalt und es ist zu befürchten, dass weitere Planlosigkeit Einzug hält, sobald die notwendigen Sanierungen abgearbeitet sind.

Die Planlosigkeit treibt dann Blüten wie bei der Turnhalle Hangelar. Die Informationspolitik seitens der Verwaltung war hier so gut, dass der Turnverein und die Eltern der Grundschule vollkommen verunsichert wurden, die Politik wegen fehlender Informationen aufgebracht war und am Ende ein „Runder Tisch“ – ganz gezielt ohne Opposition – vermutlich auf Geheiß der Ratsmehrheit die Idee wieder zurückholen musste und die zuständigen Ausschüsse durften sich dann gar nicht erst mit dem Thema befassen.

Wir hoffen sehr, dass dieses planlose Vorgehen nicht auch bei den anderen Sportstätten gelten wird. Im Haushalt sind viele Projekte enthalten. Aber nichts steht dort zu den strategischen Entscheidungen bei den Bädern, die aber – da gibt's das Wort von „Plan B“ – auch mal angegangen werden müssen. Und die Planungen für Kunstrasenplätze in Birlinghoven und Buisdorf könnten sich angesichts unzureichender Haushaltsmittel leider bald als Luftnummern erweisen.

Hoffentlich nicht eine Luftnummer wird der Inklusionsplan, der endlich angeschoben wird. Da haben wir GRÜNE uns über Jahre die Zähne dran ausgebissen und sind immer wieder an Verwaltung und CDU/FDP gescheitert. Jetzt wo es dann endlich doch voran geht, prescht die CDU mit Begeisterung nach vorne, nach Jahren des Stillstands. Das hatten wir GRÜNE so nicht geplant.

Als wir 2008 die Stadtwerke EVG gründeten, hatten wir auch mal einen Plan. Also, zumindest wir GRÜNE. Rekommunalisieren, Chancen nutzen für die Energiewende, Klimaschutz, den öffentlichen Haushalt – das sollten Ziele sein. Aber auch hier Planlosigkeit beim Bürgermeister und der CDU: Interimslösung bis 2017, Entscheidung vertagt, gucken wir mal was kommt. Die Einnahmen fehlen in diesem Haushalt sehr. Über eine Million für Anwälte und Berater ist schon planlos futsch.

Der gesamte Energiebereich ist extrem haushaltsrelevant und wird zukünftig wichtiger denn je. Natürlich sinken mit den Sanierungen auch die Energieverbräuche. Leider war man hier auch halbherzig mit den Umbauplänen, z.B. bei Heizungsanlagen, wo der Klimaschutzaspekt doch am Ende hinten runter fiel. Besser sieht es bei der Straßenbeleuchtung aus. Dank der Hartnäckigkeit von uns GRÜNEN und natürlich dank Fördermittel werden wir bis 2019 die Straßenbeleuchtung komplett energiesparend umgestellt haben. Im Haushaltsplan spiegelte sich das dann erstaunlicherweise gar nicht wieder, da blieben die Ausgaben einfach konstant. Und die Planzahlen für die Energieverbräuche stimmten, das kam auf Nachfrage der GRÜNEN heraus, auch gar nicht. Und dann wird der Haushaltsplan vollends zum Haushaltszahlenwerk.

Und damit wird ein Haushaltsplan auch nicht transparenter. Hier ein bisschen, da ein bisschen, Wiederbesetzungssperre, so das Standardprogramm für die Kommunalaufsicht. Kein Wunder, dass sich die Bürgerbeteiligung – für die wir GRÜNE uns sehr stark gemacht haben – in engen Grenzen hält. Die Bürgerinnen und Bürger entfernen sich immer mehr von den Entscheidungen des Rates, von der Diskussion um die Zukunft ihrer Stadt. Anstatt das große Ganze zu fassen, eine umfassende Strategie mit Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger zu finden, geht es nur um Einzelprojekte. Also klein-klein und nicht planerisch umfassend.

Das ist aber auch nicht verwunderlich. Es ist das Resultat genau dieser Planlosigkeit bei Bürgermeister und Ratsmehrheit. „Verwalten statt gestalten“ heißt das Motto. Und so wird heute ein planloser Haushaltsplan mit einer weiteren hohen Verschuldung beschlossen. Es gibt keinen Plan zur Haushaltskonsolidierung. Kein Einsparvorschlag ist eingegangen von CDU und FDP.

Wir GRÜNE wissen, dass wir mit unseren Einsparvorschlägen „nur“ ein paar Hunderttausend Euro im Finanzplanungszeitraum zusammengekratzt hätten. Aber das war ja nicht alles. Zum einen wollen wir klare Zeichen setzen, dass man Prioritäten festlegen und sich ehrlich machen muss. Wir Grüne haben uns in den letzten zwei Jahren deutlich für einen Kurswechsel ausgesprochen: Mehr Energieeinsparung, mehr Klimaschutz, eine konsolidierende statt expansive Stadtentwicklung, vorbeugende Sozialpolitik, weitsichtige Gebäudeplanung, Effizienzsteigerung bei der Verwaltung und noch vieles mehr. Damit konnten wir uns oftmals leider nicht durchsetzen.

Ende 2008, zu Beginn dieser Ratsperiode, beliefen sich die Schulden noch auf 100 Millionen Euro, dieser Haushalt rechnet mit 200 Millionen Euro Ende 2015. Also eine Verdopplung innerhalb von sieben Jahren. Das Eigenkapital wird in den nächsten Jahren fast komplett aufgezehrt. Das Haushaltssicherungskonzept bis 2022 ist kein Konzept, kein Plan. Es ist der Versuch, die Genehmigungsfähigkeit irgendwie herbeizuschreiben. Was passiert, wenn die Zinsen – jährlich 5 Millionen Euro – steigen, möchte man sich nicht ausmalen.

Statt diese Probleme offensiv zu thematisieren und strategische Lösungen zu planen, wird man einmal mehr auf die übergeordneten Ebenen verweisen. Das ist teilweise richtig. Aber

wie schon in den vergangenen Jahren gilt auch der Appell an die Eigenverantwortung: „Wir haben es in der Hand, in den nächsten Jahren den eigenen Handlungsspielraum zu nutzen, um verantwortungsvoll mit den Ressourcen umzugehen.“

Der letzte Satz war ein Zitat. Das hat Bürgermeister Schumacher bei der Einbringung des Haushaltes 2009 gesagt, vor fast genau fünf Jahren, im Jahr 2008, damals wurden noch solche Ansprüche formuliert. Den Plan dazu haben wir nie gesehen. Dieser Haushalt erfüllt die selbst formulierten Ansprüche nicht und erfüllt auch nicht unsere GRÜNE Vorstellung von einer zukunftsfähigen Stadt Sankt Augustin. Wir GRÜNE werden deshalb gegen diesen Haushalt stimmen.

Und auch wenn diese Rede – Sie haben sicher nichts anderes erwartet – nun gar nicht Friede, Freude, Lebkuchen war: Wir GRÜNE bedanken uns auch diesmal ehrlich für die Zusammenarbeit bei diesem Haushalt, wenn wir auch diesmal mit dem Ergebnis nicht zufrieden sind. Der Dank geht an die komplette Verwaltung inklusive Verwaltungsspitze und auch an Sie, liebe Ratskolleginnen und –kollegen.

Frohe Weihnachten und ein gutes neues Jahr!